

Calmer Wochenblatt

Nr. 74.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Spalte 40 Fig. -
Reklamen 1.50 Mk. - Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. - Rechnungszeit 9.

Montag, den 29. März 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlohn Mk. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis
37. 8.10 ohne Postgeb.

Die neue Regierung.

(WZB.) Berlin, 27. März. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hat der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettsbildung hat folgendes Ergebnis gehabt: Reichskanzler: Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes in Beförderungsfall den Unterstaatssekretär Grafen v. Saniel, beauftragt hat, Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister des Innern: Koch, Reichsminister der Finanzen: Birtz, Reichswehrminister: Gehler, Reichsminister für Justiz: Blund, Reichswirtschaftsminister: Schmidt, Reichsarbeitsminister: Schlick, Reichspostminister: Giesberts, Reichsfinanzminister: Bauer, Reichsverkehrsminister: Bell, Reichsernährungsminister: Hermes, Reichsminister ohne Portefeuille: David. Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden. Das neue Kabinett wird sich am Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird programmatische Ausführungen machen und sich über die Ereignisse der letzten vierzehn Tage aussprechen.

Nach langen Wehen hat sich die Geburt des neuen Kabinetts man vollzogen. Eine grundsätzliche Umbildung der bisherigen Regierung kann man das Kabinett Müller nicht nennen; es steht, wie das alte, auf dem Boden der drei Wehrheitsparteien. Nur die Firma hat sich geändert. Ueberraschend ist vielleicht, daß der neue Reichskanzler Hermann Müller zugleich das Amt des Auswärtigen beibehalten hat. Der Einfluß der Berliner Gewerkschaften hat sich darin geltend gemacht, daß der bisherige Reichsjustizminister und Vizekanzler Schiffer fallen mußte. Zwar soll ihm der Reichskanzler Müller ein Portefeuille angeboten haben, Schiffer hat aber abgelehnt, da ja gerade seine Person der Hauptanlaß gewesen ist, der den Widerspruch der Gewerkschaften gegen die alte Regierung hervorgerufen hat. Ueber die Bedenken, die auch von sozialdemokratischer Seite gegen den demokratischen früheren Reichsjustizminister erhoben worden sind, berichtet der „Vorwärts“ näheres. Danach hat Schiffer, der bei dem Militärputsch als einziges Mitglied der Regierung in Berlin geblieben ist, mit den Putschisten auf der Grundlage verhandelt, daß er sich verpflichten sollte, für vier ihrer Forderungen, darunter ganz besonders die Amnestie, einzutreten. Nach dem „Vorwärts“ begab sich damals in Berlin eine Kommission, bestehend aus den Genossen Krüger, Lüdemann und Stampfer zu Herrn Schiffer, um ihn vor weiteren Verhandlungen nachdrücklich zu warnen. Herr Schiffer antwortete darauf, er sehe keine andere Möglichkeit, die Kappregierung aus Berlin herauszubringen. Gegenüber dem Einwand, daß der Generalkriegsrichter diese Möglichkeit schaffe, verhielt er sich taub. Diese Verhandlungen, bei denen Schiffer offenbar nicht einmal Zugeständnisse an die Putschleute gemacht hatte, haben den Zorn der Gewerkschaftsführer erregt. (Verhandlungen mit den Aufständischen im Ruhrgebiet finden sie dagegen selbstverständlich.) Bei der Umbildung der Regierung kam es ihnen darauf an, daß das neue Ministerium vor allem scharf gegen die Reaktion von rechts vorgehe. Deshalb mußte Schiffer fallen. Bei seinem Ausscheiden aus der Regierung haben die Gewerkschaften ihren „entscheidenden Einfluß auf die Neubildung der Regierung“ ausgeübt. Daß sie nicht eine reine Arbeiterregierung durchgesetzt haben, hat seinen Grund darin, daß das Ausland erklärt hat, einer Räterregierung in Deutschland keine Lebensmittel zu liefern. Das neue Kabinett Müller ist freilich nur ein „Uebergangsministerium“. Keine schöne und dankbare Aufgabe harret seiner. Die Lage im Reich ist verworrener als je, und die Hochspannung, unter der unser politisches Leben leidet, wird erst durch das Ventillieren der Neuwahlen zum Reichstag eine Ableitung erfahren. Mit den neuen Reichstagswahlen werden wir dann auch eine neue Regierung bekommen, die uns hoffentlich einen Aufstiege zu besseren und ruhigeren Verhältnissen ermöglichen wird.
H. O. R.

Das preußische Kabinett.

(WZB.) Berlin, 27. März. Die Verhandlungen der Wehrheitsparteien haben heute abend das Ergebnis gebracht, daß das

preußische Staatsministerium wie folgt zusammengesetzt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Severing, Unterricht: Hänisch, Finanzen: Lüdemann, öffentliche Arbeiten: Oeser, Handel: Fischbeck, Volkswohlfahrt: Steegerwald, Justiz: Dr. Behnhoff.

Zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

* Berlin, 29. März. Für die heutige Nationalversammlung wird angekündigt, daß nach den Erklärungen des neuen Reichskanzlers erst Sitzungen der Fraktionen stattfinden werden, und dann in der Volkshaus die allgemeine Aussprache, in welcher Weis (Soz.), Haas (Dem.), Holz (Centr.) und Düringer (D.N.) sprechen werden.

Die Berliner Presse zur Regierungsneubildung.

* Berlin, 29. März. Die Berliner Morgenblätter äußern sich zur Regierungsneubildung: Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet es auch als außenpolitisch wichtig, daß Hermann Müller Reichskanzler geworden ist, denn ihm dankte man die Ueberzeugung im Ausland, daß am deutschen Vollen kein Zweifel berechtigt sei. — Das „Berl. Tageblatt“ fordert einen besonderen Minister des Außern. Es spricht von einem Uebergangskabinett auf der Basis der Koalition. — Die „Köln. Ztg.“ nennt es ein gewendetes Kabinett Bauer. Nur für Erzberger und Noke seien ein paar Plätzen eingeseht. Milder gefärbt als die Regierung Bauer, sei das Kabinett Braun in Preußen.

Der Zustand im Ruhrgebiet.

Forderungen der Regierung an die Aufständischen.

(WZB.) Berlin, 28. März. Die Regierung hat durch die Bielefelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen werden nicht freigegeben. Die Abgabe der Waffen wird nicht durchgesetzt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notrufe aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesem Gebiet herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Erfolgen noch mehr Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzuführen, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität;
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttichregierung belästigt sind;
3. Sofortige Auflösung der Roten Armee;
4. völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung, einschließlich Einwohnerwehren, unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden;
5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Sobald diese Bedingungen angenommen sind, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen; andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung geheimer Zustände.

Die Reichsregierung.

Der Reichskanzler Bauer. Der Reichswehrminister Gehler.

Revolutionstribunal in Essen.

* Berlin, 28. März. Nach dem „Totalanzeiger“ meldet der Essener Spartakus, daß das Revolutionstribunal in Essen seine Tätigkeit aufgenommen habe. Es bearbeitet Spionage, Bedrohungen und Angriffe auf Posten, Wachen und Truppen, sowie Plünderungen. Der Anführer einer Räuberbande wurde wegen Plünderung standrechtlich erschossen. — Aus Duisburg wird gemeldet, daß der Vollzugsrat Lebensmittel auf dem Bahnhof in der Stadt beschlagnahmt.

Von den Kämpfen um Wesel.

(WZB.) Münster i. W., 28. März. Der Befehlshaber des Wehrkreises VI, General der Infanterie Frhr. v. Watter, hat sich gestern persönlich in Wesel von dem Zustande der dort bisher in schwerem Kampf stehenden Truppen überzeugt. Die Division Kabisch hatte gestern das Lager Friedrichsfelde gesäubert. Auf der Gegenseite sind große Verluste zu verzeichnen. Erbeutet wurden eine schwere Feldhaubitze, eine Feldkanone, eine Revolverkanone, mehrere leichte Minenwerfer, zahlreiche Maschinengewehre, große Munitionsbestände und ein Lastkraftwagen. Das Einschreiten der Truppen südlich von Wesel wurde notwendig, um die Zivilbewohner der Stadt vor einer weiteren Beschädigung der bolschewistischen Artillerie zu schützen. Die gegnerische Artillerie wurde zum Teil genommen, zum Teil so weit zurückgedrängt, daß eine Beschädigung Wesels nicht mehr zu befürchten ist.

Die bedrohte Lebensmitteleinfuhr.

(WZB.) Berlin, 28. März. Beunruhigenden Meldungen gegenüber wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Reichsbehörden über die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland, wie Getreide, Fleisch, Fett und Milch, einen zufriedenstellenden Verlauf genommen haben. Allerdings muß bemerkt werden, daß durch die Unruhe in Westdeutschland die Verhandlungen über die über Holland einzuführenden Waren außerordentlich erschwert werden. Nicht nur der Bahnverkehr ist sehr unregelmäßig, sondern es muß auch berücksichtigt werden, daß Holland nicht willens ist, die Ausfuhr von Waren zu gestatten, wenn nicht sicher feststeht, daß diese prompt in den Besitz der Empfänger gelangt. Die Ankunft der gelauften Mengen ist daher davon abhängig, daß so schnell wie möglich wieder geordnete Verhältnisse in Westdeutschland herrschen. Gelingt es nicht, das deutsche Wirtschaftslieben wieder in geregelte Bahnen zu bringen, so kann auch nicht damit gerechnet werden, daß das Ausland dem Deutschen Reiche in der Bemessung der Preise und in den Zahlungsbedingungen bei einem weiteren Einkauf von Lebensmitteln entgegenkommen werde.

Forderungen der U. S. P. D.

* Berlin, 29. März. Der Sonntag brachte 30 Verjammungen der U. S. P. Den Inhalt der Reden fasst die „Köln. Ztg.“ dahin zusammen: Die Unabhängigen wünschen ein rein sozialistisches Kabinett unter Führung der Unabhängigen, fordern sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem rheinischen Gebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung und der U. S. P. D. Andernfalls werde die Rote Armee weiterkämpfen und wenn sie unterliege, würden die Bergwerke zerstört. Ruhner drohte dazu den Berliner Generalkriegsrichter an, auf den im Ernstfall gefaßt zu sein auch Ledebour in seinen Reden dringend anräth. Crispian bezeichnete das geschlossene Eintreten der Gewerkschaften von den Demokraten bis zu den Kommunisten in dem politischen Kampf als einen Wendepunkt in der Gewerkschaftsgeschichte.

Die Haltung der Entente.

(WZB.) Bern, 27. März. Wie der Pariser Korrespondent des Berner „Bund“ meldet, hat die Entente für den Fall, daß das deutsche Gesuch um Verwendung von Reichswehrruppen in der neutralen Zone bewilligt würde, die Besetzung einer Stadt, beispielsweise Frankfurt durch Ententetruppen verlangt. Diese Besetzung würde als Garantie dafür dienen, daß die Besetzung der neutralen Zone nach der Wiederherstellung der Ordnung auch wirklich wieder aufgehoben wird.

(WZB.) Paris, 26. März. (Reuter.) Wie verlautet, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, sich gemeinsam mit Großbritannien und Italien einer militärischen Aktion der Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrgebiet zu widersetzen.

Zur äußeren Lage.

Frankreichs Rheinpolitik.

(WZB.) Paris, 28. März. In der französischen Kammer wurden gestern und heute die Interpellationen über die auswärtige Politik fortgesetzt. Maurice Barres sprach über die Rheinpolitik Frankreichs. Als Garantie gegen Deutschland bestche nur der Besitz des linken Rheinufer. Dieses linke Rheinufer müsse organisiert werden: nach den Interessen Frankreichs, nach denen des Weltfriedens und nach den Interessen der Bevölkerung, die sich frei ausdrücken würde, wenn sie keine Angst vor den Preußen hätte. Die Reise der preussischen Minister ins Rheinland erklärte der Redner als

einen Skandal. Sie hätten den Haß gegen Frankreich gepredigt. Er erklärte, es sei unmöglich, daß der größte Teil des Rheinlandes einen unlöslichen Bestandteil Preußens bilde. Er trat auch für eine internationale Kontrolle der rheinischen Eisenbahnen ein, wie eine internationale Kontrolle über den Rhein ausgeübt werde. — Die Kammer nahm mit 518 gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung an, worin der Regierung das Vertrauen und die Hoffnung ausgesprochen wird, sie werde im Verein mit den Alliierten die strikte Ausführung des Friedensvertrages sichern.

Vom Völkerbundsrat.

(W.B.) London, 28. März. Entsprechend dem Beschlusse des Völkerbundsrates wurden die Vereinigten Staaten eingeladen, einen Amerikaner in die Untersuchungskommission für Rußland zu entsenden. Elihu Root hat die Einladung des Völkerbundes angenommen, an den Beratungen des Ausschusses teilzunehmen, der den Entwurf zur Errichtung eines internationalen Gerichtshofes vorbereiten soll.

Die westungarische Frage.

D. A. I. Von maßgebender Seite aus Wien wird bezüglich der Befestigung Westungarns durch Oesterreich geschrieben: Während der Friedensverhandlungen war Oesterreich wegen Deutsch-Böhmen, Südtirol und Kärnten genötigt, sich auch bezüglich Westungarns im Sinne der Wilsonformel auf den Standpunkt der Volkstbestimmungen zu stellen. Bis zur Unterzeichnung des Vertrages stand die gesamte öffentliche Meinung in Oesterreich unter dem Einbrüche der Unmöglichkeit, den Frieden zu unterschreiben, so daß es schon deshalb nicht angegangen wäre, in der Zwischenzeit speziell die günstige Bestimmung des Friedens betreffend Westungarn zu verwickeln. Nach der Unterfertigung des Friedensvertrages von St. Germain waren die westungarischen Komitate bereits von starken ungarischen Truppenabteilungen besetzt, so daß der Versuch der Uebernahme der Verwaltung durch österreichische Behörden wohl unvermeidlich zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hätte. Dadurch wäre vor allem die Lage der vielgeprüften deutschen Bevölkerung Westungarns verschlimmert worden. Ueberdies war Oesterreich auch ohne ausdrückliches Mandat der Entente gar nicht in der Lage, sich in die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung einzulassen. Eine Stellungnahme der Entente zur Frage der Befestigung Deutsch-Westungarns durch Oesterreich schien wieder zu einer Zeit kaum möglich, da sich in Budapest rumänische Truppen befanden und eine verhandlungsfähige ungarische Regierung nicht vorhanden war. Eine Gewaltthatung würde überdies dem demokratischen Grundcharakter der österreichischen Republik widersprechen und jenen Maßnahmen vorgreifen, die die Friedenskonferenz zur tatsächlichen Durchführung der Friedensbedingungen zweifellos ergreifen wird. Nicht zuletzt war in Wien auch immer das Bestreben vorherrschend, das magyarische Empfinden möglichst und solange als möglich zu schonen.

Die Menschenverluste durch den europäischen Krieg.

Die „Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges“ in Kopenhagen hat ein neues Buch herausgegeben: „Die Bevölkerungsstudie im Weltkrieg“ von Christian Döring. Diese statistische Studie, die auf eingehenden Berechnungen beruht, kommt zu dem tragischen Ergebnis, daß Europa von Beginn des Krieges bis Mitte 1919 etwa 35 Millionen Menschen verloren hat, wovon 20 Millionen auf Geburtenrückgang und 15 Millionen auf Kriegesgefallene und auf die vermehrte Sterblichkeit in der Heimat entfallen. Der Ueberschuß des weiblichen Geschlechts hat sich von 5,2 auf 15 Millionen vermehrt. Deutschland hat dabei einen Geburtenverlust von 3.600.000 Köpfen, der Verlust durch Sterblichkeitszunahme beträgt 2.700.000, worunter 2.000.000 Gefallene eingerechnet sind. Mit einem Gesamtverlust von 13 Millionen steht Rußland an erster Stelle, Deutschland folgt mit 6,3 Mill., Oesterreich mit 5,8 Mill., Frankreich mit 3,34 Mill., Italien mit 2,2 Mill., Serbien mit 1,65 Mill. und England mit 1,35 Mill.

Die Putz-Nacht zum 13. März.

Wie Kapp und Lüttwih Berlin eroberten.

Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß am Abend des 12. März kaum ein Prozent der Berliner Bevölkerung etwas von der Gefahr geahnt hat, von der die Hauptstadt und darüber hinaus das ganze Reich zu dieser Stunde bedroht war. Die Mittag- und Abendblätter hatten zwar die Meldungen über einen reaktionären Aufbruch veröffentlicht, hatten auch bereits den erfolglos erlassenen Haftbefehl gegen Kapp erwähnt, aber in einem weitgehenden und unbegreiflichen Optimismus der Angelegenheit auch typographisch nicht die Bedeutung beigelegt, die geeignet gewesen wäre, den politisch nicht unmittelbar interessierten Teil der Bevölkerung zu alarmieren. So ging Berlin an jenem Freitag Abend in gewohnter Weise seinen Vergnügungen nach. Die Theater, die Kongertkafés, die Kinos waren wie immer bis auf den letzten Platz besetzt, und in den Restaurants und Kaffeehäusern sah man wie gewöhnlich beim Abendessen, bei lärmender Musik und übelduftendem Karbidlicht. Die politisch maßgebenden Mitglieder des Kabinetts weilten jedoch in der Reichskanzlei, um die in den späteren Abendstunden in weitem Umkreis ein starker Truppenfordon gezogen wurde. Aber das Wilhelmstraßenviertel wird von dem stundenlangen Abendverkehr nicht berührt, und nur ganz Wenige merken etwas von diesen militärischen Sicherheitsmaßnahmen.

Wie am Tage der Regierung, so herrschte auch in den Redaktionen der großen Zeitungen fieberhafte Aufregung. Spät abends eingelaufene Nachrichten ließen keinen Zweifel daran, daß die Lage außerordentlich kritisch sei, und daß während der Nacht ein militärischer Handstreich geplant werde. Man erfuhr durch Erkundigungen an geeigneten Stellen, daß die Marinebrigade Ehr-

Amliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung.

Diese Woche gelangt das Butterquantum der kommenden Woche zur Ausgabe. Es entfallen also auf Buttermarkte Nr. 3 62 1/2 Centum Butter. Oberamtmann: G. S.

hardt der Regierung ein Ultimatum gestellt habe und in Döberitz mit Bagage und Feldkisten seit dem Nachmittag marschbereit stehe, um nachts um 1 Uhr nach Berlin zu marschieren. Man erfuhr auch, daß es Kapp gelungen war, rechtzeitig nach Döberitz zu entkommen, und daß der Abtiral v. Trotha im Auto hinausgefahren sei, um namens der Regierung die Döberitzer Truppen von dem geplanten Schritt abzuhalten. Wer seit Wochen und Monaten die Dinge sich hatte entwickeln sehen, gab sich über die Aussichtslosigkeit dieses Versuches keiner Täuschung hin. Nur das Reichskabinett hoffte auf einen Erfolg und tagte oder vielmehr, es nächtigte in der Reichskanzlei weiter, wo eine geradezu grenzenlose Konfusion herrschte. Der Oberbefehlshaber zog an Reichswehrtuppen heran, was er irgendwie für zuverlässig hielt, und in den späteren Nachstunden gleich das Viertel um den Wilhelmplatz einem Seerlager. In den historischen Räumen des Kaiserpalais aber verhandelte man unterbes weiter, ohne zu einem Entschluß zu kommen. General Reinhard, der frühere preussische Kriegsminister, glaubte sich dafür verbürgen zu können, den Angriff der Döberitzer mit Waffengewalt abzuschlagen zu können; aber es meldeten sich Stimmen, die die Zuverlässigkeit der Koske-Truppen anzweifeln. Der Reichswehrminister begab sich darauf aus der Kabinettsitzung auf die Straße, um die Stimmung der Truppen zu ergründen; was er von Offizieren und Mannschaften hörte, war wenig vertrauenerweckend. Jedenfalls löste der Minister in großer Aufregung in die Kabinettsitzung zurück; in seinem Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Reichswehr auf Schwere enttäuscht, sah er den Zusammenbruch der Regierung vor Augen und äußerte Selbstmordgedanken.

Endlich kam man im Kabinett zu dem Entschluß, Widerstand garnicht erst zu versuchen. Man hatte 3000 Mann, während die Döberitzer Putzisten mit 5000 Mann im Anzuge waren. Das Ergebnis eines Nachtkampfes war auf alle Fälle unsicher; zumindest wäre es zu furchtbarem Blutvergießen gekommen, und so entschloß man sich, der Tapferkeit besseren Teil zu erwählen und vor den Staatsfeindern das Feld zu räumen. Koske gab um 5 Uhr früh an die Truppen den Befehl zum Abziehen in die Kasernen; vor der Reichskanzlei fuhr eine Anzahl Autos vor, die die Minister mit dem Reichspräsidenten an der Spitze samt den wichtigsten Akten zum Anhalter Bahnhof brachten, von wo sie in aller Frühe nach Dresden abfuhren.

Mittlerweile hatten die Döberitzer Truppen auf zwei Wegen den Westen Berlins erreicht. Ein Teil war über die Döberitzer Heerstraße, der andere durch den Genuewald marschiert. Berlin schlief und ahnte nichts von dem, was vorging. Zwischen 5 und 6 Uhr früh waren die Truppen im Tiergarten angelangt. Alle waren mit Stahlhelmen, selbstmarmäßig ausgerüstet und bis an die Zähne bewaffnet. Voran flatterte die schwarz-weiß-rote Flagge; auch alle Feldkisten und Bagagewägen waren mit schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückt. Am Eingang zur Siegesallee wurde Halt gemacht. Im Auto erschien Herr Kapp, und nun begann unter klingendem Spiel vor Kapp, dem General v. Lüttwih und dem früheren Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow ein Parade-marsch der gesamten Döberitzer Truppen. Darauf wurde zunächst das Regierungsviertel und der Potsdamer Platz besetzt; um 7 Uhr früh gleich die ganze Gegend einem Seerlager. Feldgeschütze, Maschinengewehre, starke Wachabteilungen waren an allen Straßenecken postiert; der Zugang zum Regierungsviertel wurde durch Drahtverhaue abgesperrt. Gleichzeitig hatte sich Kapp mit den militärischen Führern in die Reichskanzlei begeben, deren Kastellan gezwungen wurde, das Gebäude zu öffnen. Die Telephonzentrale wurde besetzt, und Herr Kapp, Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident von eigenen Gnadern, begann am 13. März 1920 um 7 Uhr früh das Deutsche Reich zu regieren.

Als die Berliner morgens den Schlaf aus den Augen rieben und sich an ihr Tagewerk begaben, sahen sie zu ihrem grenzenlosen Erstaunen die innere Stadt voll von Kriegsmännern mit Stahlhelm und Handgranaten. Sie hatten die Gegenrevolution in buchstäblichem Sinne des Wortes verschlafen und sahen sich hilflos vollendeten Tatsachen gegenüber. So verlief die Berliner Putz-Nacht vom 12. zum 13. März 1920. ml.

Zur Vorgeschichte des Putzsches.

(W.B.) Berlin, 27. März. Rechtsstehende Blätter veröffentlichten eine längere Darstellung zur Vorgeschichte des Putzsches Kapps. Darnach hat General Lüttwih am 4., 5. und 9. März Unterredungen mit dem Abgg. Hergt (Dn.) und Heinze (Dv.) herbeigeführt, in denen er die innerhalb der Reichswehr zutage getretenen Beschwerden schilderte, wobei es sich vor allem um Vorkehrungen zur Abwehr der im Osten drohenden bolschewistischen Gefahren handelte. Wleberholt habe Lüttwih den Parteiführern gegenüber, die einen mistürlichen Druck als Wahnsinn bezeichneten, versichert, daß er sich seines Eides auf die Verfassung bewußt sei und nicht an Gewalt denke. Deshalb seien die Parteivertreter von dem Putzsch genau so überrascht worden, wie die übrige Bevölkerung.

Deutschland.

Vom Reichsrat.

(W.B.) Berlin, 27. März. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die von Unterstaatssekretär Wölsle geleitet wurde, wurde der Notetat angenommen, ferner der Gesetzes-

entwurf über die Wahl des Reichspräsidenten, das Reichswahlgesetz und das deutsch-französische Abkommen über den Kehler Hafen.

Die Reichstagswahlen.

Die Wahlen zum Reichstag werden, wie das „Stuttg. N. Tagbl.“ hieß, voraussichtlich am 30. Mai stattfinden. Es dürfte zweckmäßig sein, auch die Wahlen zum Württembergischen Landtag auf denselben Tag zu legen.

Ein Wahlausruf der Zentrumspartei.

* Berlin, 26. März. Die „Germania“ veröffentlicht einen Wahlausruf der Zentrumspartei mit folgenden Forderungen: 1. Grundfähliche Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung. 2. Eine Regierung, die den Willen und Mittel besitzt, verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen. 3. Organisation einer Wehrmacht, die verfassungstreu ist. 4. Schärfste Abwendung aller gewalttätigen Umsturzbestrebungen ohne Ansehen von Person und Partei; Ablehnung und Bekämpfung jeder Klassenherrschaft. 5. Entschlossene Durchführung einer sozialen Demokratie unter Gleichberechtigung aller Stände.

Preussische Landesversammlung.

(W.B.) Berlin, 27. März. Die nächste Sitzung der preussischen Landesversammlung findet am Gründonnerstag, vormittags 11 Uhr, statt.

Vertagung der Reichsschulkonferenz.

Amlich wird aus Berlin gemeldet, daß die für die Zeit vom 7. bis 17. April in Aussicht genommene Reichsschulkonferenz vorläufig vertagt wird.

Schieber, Wucherer und Bolschewiken.

(W.B.) Berlin, 27. März. Auf Anordnung des Oberbefehlshabers ist heute eine größere Anzahl von Ausländern, die sich ohne Legitimation und unangemeldet in Großberlin aufhalten, verhaftet worden. Nach den Blättern soll es dabei vor allem um Schieber, Wucherer und Bolschewiken handeln.

Die Wuchergerichte.

Alle ehrlichen Kreise in Handel und Industrie billigen durchaus das der Verordnung vom 27. November 1919 zugrunde liegende Bestreben, jede Art wirklichen Wuchers schnell und scharf zu bestrafen. Nachdrücklicher Einspruch muß aber gegen die Einrichtung der Wuchergerichte in ihrer jetzigen Form erhoben werden, da bei ihnen die Rechte des Beschuldigten insbesondere durch das Verlagen jeden Rechtsmittels gegen die Urteile, nicht so gewahrt sind, wie es den Bürgern eines Rechtsstaats zusteht. Die Möglichkeit von Fehlsprüchen ist groß und wirkt für Handel und Gewerbe um so aufreizender, als die Strafmaße sehr hoch sind. Nun geschehen Verfehlungen gegen die Wuchergesetze in allen Berufsgruppen; in der praktischen Durchführung dagegen wird es voraussichtlich fast ausschließlich zu Prozessen gegen das bodenständige Kleingewerbe kommen.

Geradezu als Verdrehung aller Rechts- und Sittenbegriffe muß es aber erscheinen, daß von diesen Ausnahmegerichten auf Anzeige hin mit Gefängnis und Zuchthaus auch alle solche Fälle von Schleichhandel, bestraft werden müssen, bei denen gar keine Wuchergewinne erzielt worden sind, vielleicht sogar mit Verlust verkauft worden ist, und wo der Schleichhandel, wie bei Fett, Eisen, Hafersfloren, Seife und dergl. geradezu volkswirtschaftlich unentbehrlich geworden ist. Es ist als gerechtfertigt zu bezeichnen, daß die genannten Waren, wenn sie aus dem Auslande stammen, zu dem amtlich festgesetzten Höchstpreisen gar nicht eingekauft, geschweige denn verkauft werden können, und daß ohne diesen seit Monaten öffentlich gebudeten Schleichhandel unsere Volkswirtschaft noch viel trauriger funktionierte als heute. Der bodenständige Kleinhändler wird durch jene Rechtslage gezwungen, um nicht ins Zuchthaus zu kommen, auf das Preisbieten der genannten Waren zu verzichten. Die Waren werden infolgedessen entweder ganz der Volkswirtschaft verloren gehen oder nur noch im geheimen von Schiebern zu ungleich höheren Preisen als bisher feilgeboten werden. Diese Entwicklung der Dinge muß ernste Sorge um die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe wach rufen.

Von vielen Handelskammern und Verbänden wird deshalb dringend eine sofortige Abänderung sämtlicher Schleichhandelsstrafbestimmungen und der Wuchergerichtsverordnung vom 27. November 1919 gefordert. Solange diese Abänderung nicht vollzogen ist, müssen bei allen Anklagen wegen Wuchers die Handelskammern vor Eröffnung des Verfahrens gutachtlich zur Sache gehört werden. W. W.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. März 1920

Heimkehrer.

Aus Gefangenschaft sind weiterhin zurückgekehrt: Martin Schabbe aus Martinsmoos (Ref.-Inf.-Rgt. 122), Gustav Böttiger aus Gellingen (Gr.-Inf.-Rgt. 28), Friedrich Weiß aus Gellingen (Ref.-Inf.-Rgt. 122), Friedrich Stoll aus Liebenthal (Ref.-Inf.-Rgt. 122), Friedrich Wurster aus Würzbach (Inf.-Rgt. 22).

Schwarzwaldberein Calw.

Man schreibt uns: Der Schwarzwaldberein hielt gestern Abend seine diesjährige Hauptversammlung, die 31. seit Gründung der Ortsgruppe ab. Apotheker Hartmann begrüßte die zahlreich erschienen Mitglieder und erstattete sodann den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß im verflohenen Vereinsjahr außer 3 Sitzungen auch 5 Wanderungen mit durchschnittlich 22 Teilnehmern stattgefunden haben. (Die wanderlustigen Mitglieder finden im Anzeigenteil der heutigen Nummer das Wanderprogramm für dieses Jahr zusammengestellt, welches vielfach

denen, das
he Abkommen
ttg. N. Tagbl.
ste zweckmäßig
ndtag auf den
art.
ffentlich einen
genben For-
der Weimarer
Mittel besitzt,
Organisation
Abnung aller
von Person und
erschaft. 6 Ent-
unter Gleichbe-
g.
ng der preußi-
rstag, vormit-
renz.
e für die Zeit
eichschul-
ffen.
es Oberbischöf-
ändern, die
erlin aufhalten,
abel vor allem
sten handeln.

neue Touren vorsteht. Mögen dieselben sich recht großer Beteili-
gung erfreuen und auch der hohe Damenchor zahlreich vertreten
sein.) Dem Tätigkeitsbericht folgte der Rechenschaftsbericht
durch den Kassier, Kaufmann Bindtner, der nichts zu erinnern
gab. Die Finanzen stehen günstig und mit herzlichen Dankesworten
wurde dem Rechner Entlastung erteilt. Hierauf erfolgte die Ver-
teilung der Ehrenabzeichen an drei Mitglieder, welche nun 25 Jahre
dem Verein angehören, es sind Oberamtskrieger Pfeiffer,
Prokurist G. Müller und Bauwerkmeister Kirchherr. Der
Gleichschick gipfelte darin, daß die Genannten das Schwarzwald-
vereinszeichen noch recht lange tragen mögen. — Bei den sich an-
schließenden Wahlen wurde in geheimer Abstimmung Rektor
Weutel als 1. Vorstehender einstimmig gewählt, da bedauerlicher-
weise eine Wiederwahl Apotheker Hartmann bestimmt ablehnte.
Seit 1911 leitete er in umsichtiger Weise die Geschäfte des Vereins
und in vielerlei Arbeit wirkte er für die Ortsgruppe. Auf Vor-
schlag des Ausschusses wurde ihm vom Hauptverein durch dessen
Schriftführer das goldene Ehrenzeichen mit herzlichen Worten des
Dankes für ersprießliche Arbeit überreicht. Die seitherigen Ausschus-
smitglieder wurden durch schriftliche Wahl sämtlich wiedergewählt.
— Uebergehend zur Besprechung des Wirtschaftsjahres
wurden verschiedene Vorträge zur Erörterung gestellt, wovon reger
Gebrauch gemacht wurde. — Eine Anfrage des Stadtschultheißen-
amts betr. Stellungnahme zu den Vorschlägen des Stadtbauamts
wegen Mitwirkung bei der Wegverbesserung oder Neuanlage des
Nördelbachwegs zwischen Zavelsteiner Brücke und Reutheim (insolge
Hochwasserschaden) ist die Hauptversammlung, sich mit einem Bei-
trag zu beteiligen, einverstanden. Der demnächst zusammentretende
Ausschuß wird hierüber das Notwendige in die Wege leiten. —
Es möge heute daran erinnert werden, daß der Schwarzwaldverein
Calw auch in früheren Jahren (außer den bekannten, beliebten und
mustergültigen Wegmarkierungen) sich größere Aufgaben stellte und
Arbeiten gemeinsam mit der Stadtgemeinde ausführte, so u. a. die
Waldberggasse, Schwäbelschule (Beitrag 430 M.), Schillerweg
(530 M.), Charlottenweg (190 M.), Stubenselkenweg (500 M.);
dazu unterstützten wir die Turmbauten auf dem Jägerberg und
Doma mit etwa 300 M. P-p.

Vom Landtag.

Im Sitzungstempo, als wenn es gälte, nicht nur eine mög-
lichst große Anzahl von Gesetzesvorlagen vor den Feiertagen
zu verabschieden, sondern auch sich selbst (worauf die Schluss-
worte des Vizepräsidenten hindeuteten) aus der allmählich
etwas schwül gewordenen Stuttgarter Atmosphäre in Sicherheit
zu bringen, verabschiedete am Samstag der Landtag zuerst ein-
stimmig die Staatsverträge wegen Uebergang von Eisenbahn
und Post an das Reich. Nur 110 Stimmen vermochte das
schwach besetzte Haus aufzubringen, aus dessen Mitte namens der
Regierung Unterstaatssekretär Sijler und Finanzminister
Plesching, namens der Zentrumspartei Mähler, der
Sozialdemokratie Feuerstein, der Bürgerpartei und des
Bauernbunds Körner, der Deutschen demokratischen Partei
Baumann und der U.S.P. Hornung den Dank an die
bisherigen treuen Dienste des Personals, den Wunsch nach
einem Kleinbahngesetz, die Wahl Friedrichshagens für die Di-
rektoren der gemeinsamen Bodenseedampfschiffahrt und den
Wunsch aussprachen, daß die Vereinheitlichung des Verkehrs
im Reich zum Segen der Nation ausschlagen möge. Einzig
der Bauernbündler Körner fand eine Kritik für die Ueber-
haftung dieser ungeheuer wichtigen Verträge, bei denen nicht
einmal die vorgegebenen Termine eingehalten wurden. Im
gleichen Galoppstempo wurde die Aufhebung des Ministeriums
der auswärtigen Angelegenheiten in allen Lesungen ohne Sang
und Klang angenommen. Verabschiedet wurde ferner der 12.,
13. und 14. Nachtrag zum Finanzgesetz. Der eine fordert
152 680 M. um die Einkommensverhältnisse verschiedener Be-
amten an das Reich auszugleichen. Der Berichterstatter Pfil-
ger (S.) ging mit dem daran geknüpften „Assistentenrummel“
von ewig Unzufriedenen und mit der Haltung des Beamten-
beirats im Finanzdepartement scharf zu Gericht. Die Protestler
bekommen es dadurch zu spüren, daß die Vorlage erst am 15.,

statt am 1. März in Kraft gesetzt wird. Der 13. Nachtrag mit
35 Millionen für außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrs-
anstalten und der 14. mit 720 000 M. für Neubauten und Aus-
besserungen wurden ohne Aussprache einstimmig verabschiedet.
Der Termin der nächsten Sitzung bleibt dem Präsidenten vor-
behalten. Vizepräsident Walter wünschte, daß die Feiertage
nicht durch gewissenlose Hejzer gestört werden mögen.

Eine Anfrage der U. S. P.

Die vier Unabhängigen im Württemb. Landtag haben an
den Minister des Innern folgende Anfrage gerichtet: Ist
dem Minister bekannt: 1. daß die Tübinger Universität in-
folge Mobilisierung der Studenten geschlossen ist? 2. Daß die
Besucher der Baugewerkschule Stuttgart militärisch eingekleidet
wurden und bei freier Station und 6 M. Taggeld auf ihre
militärische Verwendung warten? 3. Daß die Bewaffnung ge-
rade dieser Kreise bei der gesamten Arbeiterkraft ohne Unter-
schied der Parteirichtung höchste Erregung und Beunruhigung
hervorrufe? 4. Ist der Minister des Innern bereit, diese
militärischen Maßnahmen sofort rückgängig zu machen und die
bekanntem neun Punkte, die in Berlin zwischen den Ge-
werkschaften und den sozialistischen Parteien einerseits und der
Regierung und den Mehrheitsparteien andererseits vereinbart
wurden, soweit sie für Württemberg Anwendung finden können,
zu beachten und alles zu unterlassen, was gegen die Verein-
barungen verstößt und geeignet ist, die Arbeiterschaft Württem-
bergs zu provozieren und zum Abwehrkampf herauszufordern?

Aufhebung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten.

Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über Aufhebung
des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zugegangen. Die
zum Geschäftskreis der politischen Abteilung dieses Ministeriums
gehörigen Aufgaben werden, soweit sie nicht nach der Verfassung dem
Staatspräsidenten zukommen, an das Staatsministerium überwiesen.
Das Gesetz soll am 1. April 1920 in Kraft treten, weil mit diesem
Tage die Staatsbahnen, die Bodenseedampfschiffahrt sowie
Posten und Telegraphen in das Eigentum des Reiches übergehen
und damit die Verkehrsabteilung des Ministeriums der Auswärtigen
Angelegenheiten kein Recht auf Fortbestand mehr hat.

Zur Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Die Bürgerpartei hat folgende Anfrage im Land-
tag eingebracht: Die beabsichtigte Erhöhung der Post- und Tele-
graphengebühren übersteigt das erträgliche Maß. Insbesondere
würde die in Aussicht genommene Erhöhung der Telephon-
gebühren zahlreichen Handel- und Gewerbetreibenden die künf-
tige Benützung der Telephonanlage unmöglich machen. Ist
die Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung dahin vor-
stellig zu werden, daß die Erhöhung der erwähnten Gebühren in
erträglichen Grenzen gehalten wird?

Gegen eine einseitige Klassendiktatur.

Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung gebeten: „Die
Vertretung von Industrie und Handel erachtet es für ihre Pflicht,
die württembergische Regierung dringend darauf hinzuweisen, daß
aus der Einschränkung von politischen oder wirtschaftlichen Vor-
rechten an einzelne Berufsstände dem gesamten Wirtschaftsleben und
damit dem öffentlichen Leben die schwersten Gefahren drohen. Von
der auf demokratischer Basis ruhenden Reichsverfassung und der
vollzogenen und noch weiter auszubauenden Neuordnung des ge-
samten Wirtschaftslebens auf der Grundlage eines paritätischen Zu-
sammensitzens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann und darf
im Interesse des Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens keins-
falls abgewichen werden. Industrie und Handel fordern demzu-
folge, daß die Regierung einseitige Forderungen einzelner Berufs-
stände entschieden ablehnt und an der Gleichstellung aller Stände
festhält. Landesverband der württ. Industrie. Verband württ.
Industrieller. Vereinigung württ. Arbeitgeber-Vereine. Arbeit-
geber-Verband des Handelsgewerbes für Württemberg (Groß- und
Kleinhandel). Zentralverband des Deutschen Großhandels e. V.
Stuttgart.“

Württembergischer Mittelstandsband.

Vor kurzem ist in Stuttgart ein Württemb. Mittelstands-
band gegründet worden. Zweck des Bundes ist der Zusammen-
schluß und die Organisation des gesamten Mittelstandes aus
Industrie, Handel und Gewerbe usw. Der Bund will eine kraft-
volle Abwehr gegen die enormen und ungeheuren Lasten bilden,
die dem Mittelstand durch das Regiment einer Klasse und die
einseitige Zusammenstellung der Parlamente auferlegt sind und
seine begründete Existenznotwendigkeit bedrohen. Der Bund
nimmt in allen den Mittelstand betreffenden Fragen Stellung,
ohne sich parteipolitisch zu organisieren. Er steht auf dem
Standpunkt der allgemeinen Menschenrechte und soll eine Stütze
der wirtschaftlich Schwachen sein. Für den Reichswirtschaftsrat
und die Parlamente verlangt er die Zulassung von Fachleuten
aller Berufsarten als Vertreter der werdenden und schaffenden
Stände. Zum 1. Vorsitzenden wurde Fabrikdirektor a. D.
Pfälzer gewählt. Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich in
Stuttgart, Reinsburgstraße 167.

Lebensversicherungen im Ausland.

Die Zweigstelle Stuttgart des Verbandes der im Ausland ge-
schädigten Inlandsdeutschen e. V., Redarstraße 47, in Stuttgart,
teilt mit: Deutsche, die Versicherungsgesellschaften im feindlichen
Ausland Lebensversicherungsprämien während des Krieges schuldig
geblieben sind, und deren Versicherungen daher hinfällig geworden
sind, können nach § 11 der Anlage zu Art. 299 des Friedensver-
trages ihre Versicherung dadurch wieder in Kraft setzen, daß sie
binnen drei Monaten die Prämienrückstände mit 5 Prozent Zin-
sen bezahlen. Ratifiziert haben bisher Großbritannien, Frankreich,
Italien, Belgien, Polen, Tschecho-Slowakei, Japan, Bolivien, Bra-
silien, Guatemala, Peru, Uruguay und alle Kolonien und Pro-
tektorate der genannten Mächte. Diefen gegenüber läuft die oben
genannte Zahlungsfrist am 10. April d. J. ab. Die Ansprüche auf
diese Prämienrückstände gehören nach Ansicht der Reichsregierung
nicht in das Clearingverfahren nach Art. 296, unterliegen daher
auch nicht dem Zahlungsverbot des § 1 des Ausführungsgesetzes
zum Friedensvertrag. Vielmehr dürfen und müssen die Versiche-
ren die Prämienrückstände nebst den Zinsen unmittelbar an die
ausländische Versicherungsgesellschaft zahlen, wenn sie Wert da-
rauf legen, ihre Versicherungen wieder in Kraft zu setzen.

Frauen im Gemeinderat.

Bei den letzten Gemeinderatswahlen sind in 45 Gemeinden
des Landes 55 Frauen gewählt worden. Auf 11 Städte mit
über 10 000 Einwohnern entfallen 21 weibliche Gemeinderäte,
und zwar auf Stuttgart 4, Ulm 3, Feuerbach, Ravensburg,
Reutlingen, Schramberg, Tübingen je 2, Bödingen, Ehlingen,
Gmünd, Heilbronn je 1. Von den Gemeinden unter 10 000
Einwohnern wurden 34 Frauen gewählt.

Neue amtliche Postwertzeichen.

Mit dem Uebergang der württ. Postverwaltung an das Reich
am 1. April werden die bisherigen Postwertzeichen für den amt-
lichen Verkehr der Staatsbehörden wie im amtlichen Bezirks-
verkehr ungültig. Es werden neue amtliche Wertzeichen des
bisherigen Markenbildes, jedoch mit dem Ueberdruck „Deut-
sches Reich“ eingeführt.

(S. B.) Oberndorf, 27. März. Der Hunger nach mühsel-
erworbenem Geld hat einige hiesige Bürgerjöhne in große Verlegen-
heit gebracht, die sich, der Mode folgend, auf Schiebungen ver-
legen wollten. Donnerstagabend erfolgten wegen verfruchteter Sa-
varsanstaltungen einige vorläufige Festnahmen. Die
Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.
(S. B.) Stuttgart, 28. März. Bei den Betriebsratswahlen
in den Eisenmann-Werken wurden vier Unabhängige,
drei Kommunisten und drei Angestellte von unbestimmter poli-
tischer Richtung gewählt.
Für die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röcker, Calw.
Druck und Verlag der A. Bisklager'schen Buchdruckerei, Calw.

Kommunalverband Calw.

Lebensmittelverteilung für die Landorte.

Auf Bezugsmarke Nr. 24 kommen pro Person zur
Verteilung:
a) Gerstentrocken lose 150 Gr. zu Mh. —.75 d. Pfd.
b) Haferlocken in 1/2 Pfd. Beutel 175 Gr. zu Mh. 1.16 das Pfd.
c) Runkelrüben 125 Gr. zu Mh. 3.70 das Pfd.
d) Käse 200 Gr., Hartkäse zu Mh. 2.85
oder Weichkäse zu Mh. 2.75 od. Weiskäse zu
Mh. 2.90 das Pfund je nach Vorrat.

Die teeren Risten von der letzten Käselieferung sind
mitzubringen.
Die Einlösungsfrist für die Bezugsmarke ist am
10. April 1920 beendet.
Calw, den 29. März 1920.
Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

Bekanntmachung.

Die Tauben

sind über die Frühjahrssaat vom 29. März bis 22. April 1920
eingesperrt zu halten.
Zuwiderhandlungen werden bestraft, auch ist der Flur-
schliche angewiesen, Tauben, welche er während dieser Zeit
auf dem freien Feld antrifft, abzuschießen.
Keine Anwendung findet diese Vorschrift auf die Brief-
tauben, insbesondere nicht auf, die auf Kestelsteige be-
findlichen Militärbriefkasten.
Calw, den 27. März 1920.
Stadtschultheißenamt: (gez.) G. S. h. e. r.

Forstamt Stammheim.

Bekanntmachung.

Bermöge Entschließung des Finanzministeriums vom
31. Januar 1920 ist den Holzauern:
Georg Erhardt, Hauerobmann in Holzbronn
Gottlob Paulus, Hauerobmann in Decken-
pfronn
Johannes Wacker in Holzbronn
Johannes Kober und
Jakob Zeiler in Stammheim
in Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienstleistungen
in den Staatswaldungen
je eine Urkunde und eine
Geldbelohnung von 50 Mark
verwilligt worden.

Gemeinde Ottenbrom.

Am Donnerstag, den 1. April nachmittags 4 Uhr
wird die
Beifuhr von 120 cbm Kalksteinen
auf dem Rathaus verakkordiert.
Der Gemeinderat.

Goldner Ring

gez. G. S. 1903 auf dem
Waldweg Calw-Hirsau am
Sonntag verloren.
Abend
Abzugeben Lederstr. 166 II.
Für sofort evtl. für 1 Mal
von anständigen, soliden
Herren
möbl. Zimmer
gesucht.
Gest. Angebote unter F.
G. 74 an d. Geschäftsst. d. Bl.
10000 Mf.
gegen gute Sicherheit
auszuleihen.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle d. Bl.

Milchzucker zur Säuglingsnahrung

solange Vorrat
Dr. Klopfers Kindermehl
Dr. Dethkers Urkraft
sowie sämtliche gangbaren
Nähr- und Kräftigungsmittel
empfiehlt
Neue Apotheke.

1 Posten
Liege- u. Steh-Kragen
in Leinen und Gummi,
kleinere und größere Nummern,
vorteilhaft abzugeben
Spar- und Consumverein.

Etwa 12 Zentner
Heu
und einige Zentner
Dehmd,
gut eingebracht zu verkaufen.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. Bl.

Dachtel.
Unterzeichneter verkauft am
Gründonnerstag, mittags
2 Uhr
10 gut überwinterte
Bienenvölker
Mit Württemberger Maas
Karl Eichenhardt.

Letzte Empfehlung vor der neuen Tabaksteuer!

Für Wirte u. Wiederverkäufer

Heute Montag, den 29. März und morgen Dienstag, den 30. März, verkaufe ich einen

großen Posten gute preiswerte Zigarren großes Format

in der Preislage von 0.70—1.20 Mk. d. St.

Ferner bringe ich mein Lager in

Zigaretten und Rauch-Tabak

in empfehlende Erinnerung.

Robert Ott, Tabakwarengroßhandlung, Calw.

Schwarz- wald Verein Calw.

Wanderungen für das Jahr 1920.

25. April	Dachtel	Apotheker Hartmann.
16. Mai	Hörle-Wöttlingen-Münchlingen-Neuhäusen-Liebenzell	Paul Georgii.
20. Juni	Neuenbürg	Apotheker Hartmann.
25. Juli	Berneck	Otto Georgii.
29. August	Wildbad-Naislach	Stadtpfleger Frey.
19. September	Waldbacher Ruine	E. Bindner.
31. Oktober	Nötenbach-Emberg-Leinach	A. Eberhardt.

Änderungen vorbehalten.

Jede Wanderung wird im Calwer Tagblatt zuvor bekannt gegeben mit Abmarschzeit, Marschdauer und Ziel. — Die Ausflüge finden bei jeder Bitterung statt. — Der Abmarsch erfolgt pünktlich.

Ausschneiden und aufbewahren!

Alle Sorten **Gartenfamen** empfiehlt Friederike Pfeiffer.

Eingetroffen! Eingetroffen!
Große Auswahl feuerfestes

Nochgeschirr
sowie alle Gattungen

irdenes und Steingutgeschirr. Verschiedene Regulier- und Kochöfen sind wieder am Lager.

Karl Forstbauer, Herd- u. Ofengeschäft Bad Liebenzell.

An die Einwohnerschaft von Stadt u. Land! **Neu eingetroffen!**

Starke Männer-, Frauen- und Kinderstiefel, Arbeitsschnürschuhe, sowie Sonntagstiefel f. Männer, Frauen u. Kinder, ferner besetzte schöne Pflischschuhe u. Tuschschuhe, mit und ohne Kappen. Auf Wunsch sende ich Liebhaber Gewünshtes zu, nicht Passendes nehme zurück. Versäume niemand diese gute Ware zu kaufen bei **Karl Stoll, Haggasse 92.**

Böschungsaat Runkeln Gemüsesamen empfiehlt Spar- u. Consumverein.

Gelegenheitskauf. 67 Violinfaiten (Friedensware)

G., C., D.-Saiten sind sofort preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Buchbinderei Sichter, Biergasse 120.

Etwas Gutes für Haare und Haarboden ist echtes **Brennnessel-Haarwasser**, ferne feinst. Birkenwasser Zahaben b. Otto Vinçon, Col.

Sommerpfaffen! Finnen! Bläuel! Urcine Haut verschwinden mit **Sommerpfaffencreme**. Preis Mk. 5.— franko. Allein durch Hofapotheke Hechingen, Hohenzollern.

Stiefmütterchen, in den schönsten Farben empfiehlt Bächtle, Bad Leinach.

Eine guterhaltene 2-schliffrige **Bettstelle** mit Bettrost billig zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein Paar gute **Stiefel** Größe 39—40 sind preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Sommerpfaffen! Finnen! Bläuel! Urcine Haut verschwinden mit **Sommerpfaffencreme**. Preis Mk. 5.— franko. Allein durch Hofapotheke Hechingen, Hohenzollern.

Stiefel Größe 39—40 sind preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Stiefel Größe 39—40 sind preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Heiratsgesuch.

Witmer, Mitte 40er Jahre mit zwei erwachsenen Kindern in angenehmer Stellung wünscht in Fräulein in gesetztem Alter Zweck Heirat in Verbindung zu treten.

Kriegswitwe mit 1 Kind nicht ausgeschlossen. Briefe, wenn möglich mit Bild sind zu richten: Postlagernd F. R. 92 Postamt Calw. Verschwiegenheit zugesichert.

Heirat!

Kinderl. Witwer, 60 Jahre alt, evang. gesund, rüstig, nicht veraltet, eig. Bürogeschäft in einer Stadt im Würtbg. Schwarzwald, vermögl., wünscht

balbige Heirat mit evang. Fräulein oder Witwe bis zu 50 Jahren. Geeignete Einheirat nicht ausgeschlossen.

Gest. Anträge unter N. 74 an die Geschäftsstelle des Blattes.

„Wandervogel“

Bier junge, lustige Herren suchen die Bekanntschaft ebensolcher Damen, welche Lust haben, einige Frühjahrswanderungen mitzumachen. Angebote mit Bild unter „Wandervogel“ an die Geschäftsstelle d. Bl.



Thirka Backpulver überall erhältlich

Siebe Drahtgeflecht Gabeln Rechen Schaufeln Spaten Hauen

Handschleppreden Ketten aller Art Handsägen Baumsägen Reb- und Heckenscheren empfiehlt Gg. Wackenhuth

Biergasse.

Riß=

sowie alle anderen Felle kauft zu den höchsten Tagespreisen Gg. Kolb, Kürschner.

Badeeinrichtung 1 Petrol- u. Spiritus-herd zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Calw, den 29. März 1920
Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, meine liebe Brant

Katharine Luz,

Samstag Nacht unerwartet rasch im Alter von 26 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Gottlieb Luz,

der Bräutigam: **Eugen Theurer.**

Beerdigung Dienstag Mittag 3 Uhr.

Gesucht

einige junge Leute von 14 bis 16 Jahren; Eintritt nach Ostern.

H. F. Baumann, Mech. Kragenfabrik.

Emaillernen-Lehrmädchen bei gründlicher Ausbildung kann sofort eintreten

Aug. Ullmann, Email-Kunst-Anstalt Forzheim, Westl. Karl-Fr. Str. 63.

Laufmädchen sucht bei gutem Lohn. Wer sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Mädchen-Gesuch. Suche auf 1. Mat ein

Mädchen welches hochen kann. Anjungs-Gehalt Mk. 60.— Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Zu baldigem Eintritt wird ein jüngeres

Kinder-Mädchen zu 2 Kindern gesucht. Sommer, zum Kurpark, Liebenzell.

Lauf-Mädchen oder Frau für einige Stunden vor-mittags gesucht Bahnhofsstraße 406.

Sensen : Gabeln : Rechen sowie sonstige Ackergeräte, Ulmer Pflüge und Erbsenteile empfiehlt **Fr. Schwämme, Zavelstein, Schmiedemeister.**

Sommenhardt.



Langholz-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, 1. April 1920 auf dem Rathhaus nachmittags 2 Uhr im Submissionsweg nachfolgendes Langholz

Tichten und Tannen 48,48 I., 118,34 II., 32,19 III., 44,54 IV., 29,76 V., 202 VI. Klasse. Sägholz: 4,43 I., 8,28 II., 125 III. Klasse.

Forschen und Langholz 5,06 I., 26,20 II., 23,84 III., 10,13 IV., 7,42 V. Klasse. Sägholz: 3,15 I., 2,93 II., 0,32 III. Klasse.

Liebhaber haben ihre Offerte um genannte Zeit nach Prozenten ausgedrückt einzureichen, bei genügendem Angebot erfolgt der Zuschlag sogleich. Abfuhr günstig 2—4 Kilometer von der Bahn entfernt. Auszüge liegen zu jedermanns Einsicht auf dem Rathaus auf.

Gemeinderat.

Nischalden.



Nadelstammholz-Verkauf.

Die hiesige Teilgemeinde verkauft im Submissionsweg

1. Forschen 180 Stück mit 161 Fm. II.—VI. Klasse, etwa die Hälfte schöne Rossforschen.

2. Tannen 240 Stück mit 109 Fm. II.—VI. Klasse. Angebots wollen bis Mittwoch, den 31. ds. Mts., mittags 1 Uhr, beim Anwaltamt eingereicht werden. Bei zu niederem Angebot behält die Gemeinde die Erteilung des Zuschlags vor.

Gemeinderat.

Fleißiges, ordentliches **Mädchen** 15—16 Jahre alt zur Mithilfe im Haushalt sucht auf 1. oder 15. April. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Freundliche **3-Zimmer-Wohnung** zu mieten gesucht. Angebote unter S. 80 erbeten an d. Geschäftsstelle des Blattes.